

HEIMERZIEHUNG

„Jetzt reicht's“

Die Art und Weise der Aufarbeitung des Tiroler Heimskandals sorgt bei vielen Betroffenen für Unmut. Eines der Opfer hat jetzt eine 900.000 Euro Schadensersatzklage gegen das Land Tirol eingebracht.



Im Erziehungsheim St. Martin in Schwaz mussten viele Mädchen Zwangsarbeit verrichten

Über den Fall der heute 70-jährigen Heike K. hat ECHO bereits mehrmals berichtet: Als 14-Jährige vom leiblichen Vater geschwängert wird die gebürtige Salzburgerin nach der Geburt ihres Sohnes in die Erziehungsanstalt St. Martin in Schwaz eingeliefert. Dort widerfahren dem Mädchen alle Formen menschlicher Niedertracht, sie wird geprügelt, erniedrigt, ohne Nahrung tagelang eingesperrt, von Erzieherinnen sexuell gedemütigt und von mehreren Männern, darunter ein katholischer Geistlicher, vielfach vergewaltigt, das Leben der Frau wird in St. Martin für immer zerstört.

Das Bundessozialamt gesteht Heike K. vor einem Jahr eine monatliche Zahlung nach dem Verbrechenopfergesetz zu, die Behörde ist zum Schluss gekommen, dass der heutige Zustand der Frau in Kausalzusammenhang mit den Verbrechen steht, die an ihr begangen worden sind. Vom Land Tirol hat Heike K. für das erlittene Unrecht 15.000 Euro zugesprochen bekommen – sie und ihr Anwalt Christian Sailer sehen diese Summe als zynische Verhöhnung an.

Deshalb hat Sailer eine Schadensersatzklage gegen das Land Tirol eingebracht – Streit-

wert 900.000 Euro. In der Tagsatzung von 13. Oktober 2013 wurde diese Klage nicht (wie von „Experten“ erwartet) abgewiesen, sondern ein Prozessprogramm beschlossen, in dem Gutachten über die Traumatisierung der Klägerin eingeholt werden. Sollte der Prozess seinen Lauf nehmen, dann könnte auf das Land Tirol jede Menge finanzielles Ungemach zukommen.

Soziallandesrätin Christine Baur ist politisch für die Jugendwohlfahrt zuständig, sie zeigt sich über den Heimskandal erschüttert: „Das hätte niemals passieren dürfen. Das in sich geschlossene System der Heime hat die Gewalt befördert, wir haben daraus gelernt – das gibt es heute nicht mehr. Jetzt geht es darum zu schauen, was die Betroffenen der Heimerziehung heute am meisten brauchen.“

Baur glaubt, dass mit skandalisierenden Medienberichten niemandem geholfen ist, übersieht aber, dass es ohne Medien nie zur

Aufarbeitung der Heimerziehung gekommen wäre. Und Baur selbst trägt zur „Skandalisierung“ der Thematik bei, wenn sie in einem Interview mit einer Tiroler Tageszeitung Anfang November über die Klage der Heike K. sagt: „Der Prozess ist Neuland für uns. Es hat aber Vergleichsverhandlungen gegeben.“

Dieser Satz hat Heike K. schwer getroffen, hat es doch in Wahrheit nie irgendwelche Vergleichsverhandlungen gegeben: „Jetzt steh' ich als diejenige da, die sich aus Gier mit ein paar hunderttausend Euro nicht zufriedengeben will. Ich verstehe die Frau Baur nicht.“ Auf ihre Aussage angesprochen meint Christine Baur nur: „Da muss mich der Redakteur falsch verstanden haben.“

Ein Missverständnis also, so wie bei der „Aufarbeitung“ der Zwangsarbeit, die viele Jugendliche in Tiroler Heimen und bei ausgewählten Betrieben leisten mussten. „Von Zwangsarbeit in den Heimen kann man nicht sprechen“, so Landesrätin Baur dieser Tage bei der Präsentation des Berichtes „Arbeit in Heimen“. „Es hat damals die gesellschaftliche Meinung vorgeherrscht, dass Arbeit der Verwahrlosung von Jugendlichen entgegenwirken könnte.“

Dass die Verweigerung dieser Arbeit in St. Martin mit Konsequenzen bis hin zur Haftstrafe verbunden war, weiß Baur zwar, dass Arbeiten unter Zwang schlicht und einfach Zwangsarbeit ist, will sie aber nicht sehen.

Eine ehemalige Bewohnerin von St. Martin zeigt sich ECHO gegenüber empört: „Was mit uns im Heim passiert ist, war damals bereits illegal, die UN-Menschenrechtskonvention gilt auch für Kinder und Jugendliche. Aber dafür interessiert sich die Politik bis heute nicht. Die Frau Baur stellt sich halt lieber mit einem Schild auf die Autobahn und kämpft gegen die Luftverschmutzung, statt sich wirklich für uns Opfer zu interessieren.“

Auch wenn es in den Sonntagsreden der politisch Verantwortlichen anders klingen mag – der Tiroler Heimskandal ist noch lange nicht aufgearbeitet. Zunächst einmal ist das Innsbrucker Landesge-

richt am Zug – wird der Klage von Heike K. stattgegeben, dann ist mit einer regelrechten Klageflut zu rechnen. Denn vielen ehemaligen Heimkindern reicht's jetzt offenbar endgültig. **Gernot Zimmermann**



„Von Zwangsarbeit in den Heimen kann man nicht sprechen.“

Christine Baur, Soziallandesrätin